

3 Monate nach dem Streik – nun wollen wir Taten sehen!

Donnerstag, 19. September 2019

Von: Anna-Lea Imbach



Am 14. Juni 2019 fand der landesweite Frauen*streik statt. Die Beteiligung war überwältigend. In Zürich nahmen rund 150 000 Personen an der Kundgebung teil und in zahlreichen Betrieben fanden Streikaktionen statt. Trotzdem tut sich die Politik schwer, diese klare Willensäußerung in Taten umzusetzen. Der VPOD setzt deshalb bei der Bildungsdirektion nach und legt bereits eine Lösung vor.

In einem offenen Brief überreichte die Sektion Lehrberufe des VPOD im Namen des Streikkomitees Bildung am 14. Mai 2019 ihre gesamten Forderungen der Bildungsdirektorin Silvia Steiner. Darin verlangt die Gewerkschaft unter anderem die Lohnklasse 19 auf der Kindergartenstufe, die Anrechnung von Therapie und DaZ-Unterricht als vollwertige Erfahrung bei derlohneinstufung oder die Versicherung aller Lohnbestandteile bei der Pensionskasse.

Zur Umsetzung der Forderung nach einer Elternzeit oder eines Vaterschaftsurlaubs, der mehr als 5 Tage beträgt hat der VPOD jetzt vorgelegt. Der VPOD hat das VSA-Formular «Voranzeige der Geburt» so angepasst, dass nicht nur Lehrerinnen, sondern auch Lehrer, die Nachwuchs erwarten, es verwenden können. Damit wird Angestellten jeglichen Geschlechts ermöglicht, das Arbeitsverhältnis nach der Geburt eines Kindes mit dem Arbeitgeber zu regeln. Die Verlängerung des Elternurlaubes durch einen unbezahlten Urlaub und die Festlegung eines gewünschten neuen Beschäftigungsgrades wird damit erleichtert. Seitens VSA ist dies zwar nicht vorgesehen. Im Sinne eines kreativen zivilen Ungehorsams, können werdende Eltern dieses Instrument in der Praxis aber testen.

Das Formular sowie der gesamte Forderungskatalog finden Sie hier:

www.zuerich.vpod.ch/brennpunkte/frauenstreik-2019/bildung/

Die Lehrpersonen im Kanton Zürich haben am 14. Juni an mehreren dutzenden Schulen und

Bildungsinstitutionen Streikaktionen durchgeführt, um ihren Forderungen Gehör zu verschaffen. Mit diesem klaren Auftrag ruft der VPOD die Bildungsdirektion zu Verhandlungen auf. Somit kann der Kanton, der sich als moderner und attraktiver Arbeitgeber versteht, bei der Gleichstellung weiter vorwärts gehen.